

XXIV. GP.-NR

13230 /AB

27. Feb. 2013

zu 13620 /J

**bmask**BUNDESMINISTERIUM FÜR
ARBEIT, SOZIALES UND
KONSUMENTENSCHUTZ**RUDOLF HUNDSTORFER**
BundesministerStubenring 1, 1010 Wien
Tel.: +43 1 711 00 - 0
Fax: +43 1 711 00 - 2156
rudolf.hundstorfer@bmask.gv.at
www.bmask.gv.at
DVR: 001 7001Frau
Präsidentin des Nationalrates
Parlament
1010 Wien

(5-fach)

GZ: BMASK-431.004/0007-VI/S/5/2013

Wien, 26. FEB. 2013

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 13620/J der Abgeordneten Dr.ⁱⁿ Belakowitsch-Jenewein u.a.** wie folgt:

In der Sache befasste ich das Arbeitsmarktservice, das mir wie folgt berichtete:

Fragen 1 bis 3:

Im Jahr 2012 waren österreichweit zwei regionale Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice von Bombendrohungen betroffen, die jeweils telefonisch erfolgten. Einen Drohanruf gab es in der RGS Huttengasse und drei in der RGS Prandaugasse, beide in Wien. In allen Fällen wurde unmittelbar die Polizei eingeschaltet.

Dem Arbeitsmarktservice fielen im Zusammenhang mit der „Evakuierung, der Durchsuchung mit Spürhunden und der Betriebsunterbrechung“ keine Kosten an. Die Kosten für die Polizeieinsätze sind nicht bekannt.

Fragen 4 bis 9:

In den Jahren 2010 und 2011 gab es österreichweit keine Bombendrohung gegen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice.

Mit freundlichen Grüßen